

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 33/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

43. Jahrgang / 144

1. August 1988

Der Umbruch in der Moskauer Friedensallee 36

Zu den Perestrojka-Debatten im sowjetischen Friedenskomitee

Von Professor Gerd Weisskirchen MdB

Glasnost und Perestrojka bleiben in der Sowjetunion nicht begrenzt auf den Bereich der politischen Entscheidungsprozesse. Sie erfassen mehr und mehr alle gesellschaftlichen Organisationen. In diesen wird eine Debatte entfacht, wie sie sich selbst umgestalten müssen, um den neuen Herausforderungen besser zu begegnen. Eine Phase der Transformation ist im Gange. Die Loslösung von alten Schablonen und die Kritik an ihnen ist dabei ein Teil.

Ein anderer ist die Suche nach neuen Inhalten und neuen Ausdrucksformen. Professor Tair Tairov, Mitglied des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Abteilung Westliche Länder), hat in einem Aufsatz, den die „Komsomoskaja Prawda“ veröffentlichte, kürzlich die Probleme dieser Übergangsphase beleuchtet. Unter dem Titel „Prospekt Mira, 36“ („Friedensallee 36“) greift er den Bürokratismus des sowjetischen Friedenskomitees an.

Tairov, zugleich Mitglied des Präsidiums dieser KPdSU-nahen Organisation, geißelt ihre bisherige Funktion als Propagandainstrument der „außenpolitischen Aktionen der sowjetischen Regierung“. „Ein Regime persönlicher Macht und Willkür“ sei errichtet worden, „Mandarinismus“, das den Stempel der Breschnew-Ära trage, „in der alles auf Augenwischerei angelegt war“.

Die Erfahrungen mit unabhängigen Friedensbewegungen Westeuropas haben seit Beginn der achtziger Jahre auch im sowjetischen Friedenskomitee Diskussionen hervorgerufen, die zu neuen Ausdrucksformen

Professor Gerd Weisskirchen MdB kommentiert die Perestrojka-Debatten im sowjetischen Friedenskomitee: Der Umbruch in der Moskauer Friedensallee 36

Seite 1

Albrecht Müller MdB bewertet die Pläne Bundesverteidigungsministers Scholz zu den Tiefflugübungen: Meldung, die ins Sommerloch paßt

Seite 3

Dokumentation:

Der Antrag „Auf dem Weg zur umweltverträglichen Industriegesellschaft“ des SPD-Parteivorstandes zum SPD-Bundesparteitag in Münster (Teil I)

Seite 4

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermittlung Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



des Protestes gegen Militarisierungstendenzen geführt haben. Friedensmärsche, Rockfestivals und Versammlungen informeller Gruppen sind in offizielle Veranstaltungsprogramme aufgenommen worden. „Die regelmäßigen Sitzungen des Clubs Perestrojka“, schreibt Tairov, „sind zu einer Art Schule für Glasnost und Demokratie geworden“.

Was aber, so lautet seine Kernfrage, was aber ändert sich wirklich? Beteiligt sich das ganze Volk an der Friedensbewegung? Und: Finde es „Ausdruck in der Struktur und in den Formen der Tätigkeit der Friedensbewegung“ (das Friedenskomitees)?

Tair Tairov schlägt eine tiefgreifende Änderung der Struktur des Komitees vor. Ein neues innergesellschaftliches Gleichgewicht sei zu suchen, die „elitären“ und „autoritären“ Strukturen zu verlassen. Zwar habe das Präsidium des Friedenskomitees im März beschlossen, sich mit seiner Reorganisation zu befassen. Aber nichts sei bisher geschehen. Es sei an der Zeit, so Professor Tairov, nun endlich „ohne Weisungen von außen würdige Vertreter (zu) wählen“, damit auch das Friedenskomitee sich für Glasnost und Perestrojka öffne.

In der Friedensallee 36 hat der Artikel Tairovs eine heftige Debatte ausgelöst. Wie aus Moskau zu hören ist, sind personelle Konsequenzen nicht auszuschließen.

Die unabhängigen Friedensbewegungen Westeuropas erhoffen sich künftig einen sowjetischen Partner, der mehr ist als der einfache Lautsprecher seiner Regierung. Der Umbruch, der sich in der Moskauer Friedensallee 36 gegenwärtig vollzieht, kann ein Beispiel geben. Das ungarische Friedenskomitee hat sich bereits konstruktiv eingemischt in die Veränderung des Rechts auf die Verweigerung des Kriegsdienstes. Entsprechende Organisationen in der CSSR und der DDR haben ihre Umgestaltung noch vor sich.

(-/1.8.1988/vo-he/jr)

Meldung, die in Sommerloch paßt

Zu den Plänen Verteidigungsministers Scholz mit den Tiefflugübungen

Von Albrecht Müller MdB

Wenn alle zukünftigen „Chefsachen mit Dringlichkeit“, zu der Verteidigungsminister Scholz das Thema militärische Tiefflugübungen gemacht hatte, zu einem so mageren Ergebnis führen, dann beläßt man die Bearbeitung besser in den Fachabteilungen. Die Zahl der Tiefflüge will der Minister um 2000 Stunden reduzieren: von 68.000 auf 66.000. Das ist eher eine Meldung, die in das Sommerloch paßt. Fast wie vom CDU-Hauptquartier geplant. Merken wird von den Bürgerinnen und Bürgern keiner etwas.

Der Verteidigungsminister hat keine der Überlegungen aufgegriffen, die dem Übel an die Wurzel gehen.

Obwohl viele Experten der Meinung sind, daß Tiefflugübungen nicht mit verteidigungspolitischen Notwendigkeiten zu begründen, sondern eher Ausdruck von Unbeweglichkeit und überalterten Übungsvorstellungen sind, beharrt Scholz darauf, Tiefflüge seien „sicherheitspolitisch“ notwendig.

Kein Wort davon, die Kampfflugzeuge in die Abrüstungsverhandlungen mit einzubeziehen, was schließlich auch der Entspannung in Europa dienlich wäre. Kein Wort davon, daß nach einem Verteidigungskonzept gesucht wird, das militärischen Tiefflug überflüssig macht. Kein Wort davon, daß es keine Leitzentrale für alliierte Luftwaffen gibt. Die militärischen Tiefflugübungen unter Sichtbedingungen finden ohne gemeinsame Koordinierung und Flugleitung statt. Das stelle man sich in unserem überfüllten Luftraum einmal vor.

Der Hinweis auf zusätzliche Skyguards ist eine Beruhigungsspiel, die noch nicht einmal wirkt, weil die Menschen in den geplagten Regionen inzwischen wissen, daß es gar nichts nutzt, wenn ein solches Gerät aufgestellt wird.

Der versprochenen Arbeitsgruppe, deren Ziel es sei, mit den NATO-Partnern zu entlastenden Maßnahmen zu kommen, möge die Frage mitgegeben werden, ob 43 Jahre nach dem Krieg die alliierten Luftstreitkräfte uns weiter wie ein besetztes Land betrachten wollen. Die Gruppe möge auch der Grundsatzfrage nachgehen: Ist Tiefflug noch sinnvoll und notwendig? Zum Ziel soll sie sich ein tiefflugfreies Mitteleuropa setzen, den Menschen und einem langen Frieden zuliebe.

Würden diese Fragen besprochen, hätte das Sommertheater wenigstens Schlagzeilen verdient. Nach meinen bisherigen Erfahrungen muß ich jedoch befürchten, daß alles bleibt wie gehabt.

(-/1.8.1988/vo-ha/jr)

* * *

DOKUMENTATION

Auf dem Weg zur umweltverträglichen Industriegesellschaft

(Teil I)

Wir dokumentieren den zum SPD-Parteitag in Münster von der Kommission für „Energie und Umweltpolitik“ beim SPD-Parteivorstand erarbeiteten Antrag zur ökologischen Erneuerung der Volkswirtschaft.

I.

Die Umstellung unserer Wirtschaftsweise auf umweltverträgliche Produktionsstrukturen ist eine Lebensnotwendigkeit.

Trotz eineinhalb Jahrzehnten Umweltpolitik konnte eine Entlastung bei der Umweltverschmutzung nur in Teilbereichen erzielt werden: Der Himmel über der Ruhr ist tatsächlich blauer geworden, Staub-, Ruß- und Schwefeldioxidemissionen sind gesunken, die Belastung der Fließgewässer mit Schwermetallen hat in vielen Fällen abgenommen. In anderen Bereichen spitzt sich dagegen die ökologische Krise zu: Waldschäden, Grundwassergefährdung, die weltweite Gefahr der Klimaveränderung, die sterbende Nord- und Ostsee, die tickende Bombe der Altlasten in unseren Böden, der zunehmende Artenschwund und die ungelösten Müllprobleme.

1. Die bisherige Umweltpolitik hat nicht zum gewünschten Erfolg geführt; dies hängt auch mit den bisher benutzten Instrumenten zusammen.
 - a) Die Instrumente, die für Einzeleingriffe genutzt worden sind (wie Verbote, Gebote, Grenzwerte), haben sich in ihrer Wirkung als sehr begrenzt herausgestellt. Ob es um die TA-Luft geht, um die Begrenzung der Partikel aus Diesel-PKW, ob es um die Einführung von LKW-Abgasgrenzwerten oder um Entschwefelung und Entstickung von Kraftwerken geht - Einzeleingriffe folgen der Arbeitsteilung:

Politik, Parteien, Parlamente und Regierungen versuchen nachzuweisen, daß eine Maßnahme

- umweltpolitisch vernünftig,
- arbeitsmarktpolitisch vertretbar,
- für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unschädlich ist.

Auf der anderen Seite versucht die Industrie - oft mit Unterstützung von Betriebsräten - nachzuweisen, daß diese Maßnahme

- umweltpolitisch übertrieben,
- arbeitsmarktpolitisch nicht vertretbar,
- für die internationale Wettbewerbsfähigkeit schädlich ist.

Diese Arbeitsteilung verfestigt ein Machtgefälle.

Diese Arbeitsteilung führt auch dazu, daß staatliche Verwaltung und Politik, die bei der Bewertung, Einstufung und Kontrolle umweltschützender Vorschriften auf spezialisiertes Fachwissen angewiesen sind, trotzdem oft bei den beteiligten Firmen auf eine Schweigewand der Ingenieure stoßen. Vorhandenes Fachwissen und Innovationen für neue, umweltschonende Verfahren werden nicht optimal genutzt.

- b) Eine Reihe von schwerwiegenden aktuellen Umweltproblemen kann durch einfache Verbots- und Gebotslösungen nicht oder nur unzureichend gelöst werden:

- Begrenzung des weiteren Flächenverbrauchs, ökologische Wiederherstellung von Nutzflächen, Abbau der intensiven Nutzungsweisen der Land- und Forstwirtschaft,
- Eindämmung der Verkehrsexplosion auf der Straße und in der Luft,
- Schutz der Meere vor weiterer landseitiger Verschmutzung,
- Reduzierung des Verbrauchs fossiler Energie,
- Abbau der „harten“ Chemie und ihrer umweltverschmutzenden Rückstände,
- Verringerung der Risikopotentiale, die durch großtechnische Anlagen in den Industrieländer angehäuft worden sind,

- c) Bei der Durchsetzung neuer Grenzwerte und Verbote gibt es einen enormen Zeitbedarf. Die Erfahrung zeigt, daß die toxikologische Untersuchung einer einzigen Substanz in der Regel einen Zeitraum von zwei Jahren umfaßt. 50.000 Altstoffe in rund eine Million Verbindungen mit - wenigstens - zehn Millionen Synergismen (Verbindungsmöglichkeiten) müßten aber nach Gefährlichkeit geordnet und zum Teil verboten werden. Sisyphos, der den großen Stein immer wieder den Berg hochrollte, um ihn auf der Hälfte des Weges wieder zu verlieren, dürfte sich vor einer ähnlichen Aufgabe gefühlt haben.

Die Novellierung der TA-Luft hat rund zwölf Jahre von 1974 bis 1986 gedauert. Ob sie ohne die Diskussion um das Waldsterben überhaupt schon in Kraft wäre, sei dahin gestellt. Die Werte der Großfeuerungsanlagen-Verordnung entsprachen bereits ein halbes Jahr nach Inkrafttreten nicht mehr dem Stand der Technik, sondern wurden von den betroffenen Industrien deutlich unterboten.

- d) Der Produktionsfaktor Natur ist im Gegensatz zu den klassischen Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit bis heute als nahezu unerschöpflich behandelt worden. Wohlstandszuwächse werden bis heute in der Regel auf Kosten der Natur verteilt. Die bisherige Umweltpolitik hat wenig dazu beigetragen, die Kosten der Umweltzerstörung in den Produktionsprozeß zu integrieren.
- e) Die Umweltpolitik, die sich auf jeweils ein Umweltmedium - Luft, Wasser, Boden, Abfall - konzentriert, verlagert nur zu oft das Umweltproblem von dem einen Medium auf das andere: Abwasserreinigung in Kläranlagen schafft Klärschlämme und damit ein Abfallproblem; die Deponierung der Abfälle verlagert das Problem auf den Boden und - unsichtbar aber bedrohlich - langfristig auf das Grundwasser.

2. Das ökologisch Notwendige muß zum Prinzip ökonomischen Handelns werden.

In die ökonomischen Ziele muß eine ökologische Orientierung einbezogen werden. Schutz und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen müssen genauso Ziele der Wirtschaftspolitik sein wie Preisstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Hauptaufgabe einer ökonomisch modernen Umweltpolitik ist es nicht nur, Gefahren von Menschen und Naturhaushalt abzuwehren, sondern den Strukturwandel der Wirtschaft an den richtigen Stellen zu unterstützen und die richtigen Investitionen zu beschleunigen, damit Umweltschutz und ökonomische Entwicklung gleichzeitig vorankommen. Nur diese Verschränkung von ökonomischen und ökologischen Zielen rechtfertigt es, von der ökologischen Erneuerung der Wirtschaft zu reden. Was wir hingegen nicht wollen, das ist die weitere Beibehaltung von überholten Produktionsverhältnissen durch additive, staatlich verordnete Endreinigungstechniken in der Industrie, wie sie in der administrativen Praxis nach wie vor vorherrschend sind.

Umweltpolitik in diesem Sinne ist aktive Industriepolitik, bei der das ökologisch Notwendige in ökonomische Motivation umgesetzt wird. Der ökologisch forcierte Strukturwandel hat das Ziel, daß künftig mit weniger Ressourcen, weniger Emissionen, weniger Abfällen und mit geringeren Risiken produziert wird.

Eine dynamische Volkswirtschaft unterliegt ständig einem Strukturwandel, der vom Staat nicht durch Einzelanordnungen bewirkt werden kann. Änderungen der Wirtschaftsstruktur werden vor allem durch die Entwicklung der Technik, durch geänderte Wünsche der Konsumenten oder durch den Wandel der internationalen Arbeitsteilung bestimmt. Im Idealfall erfolgt diese Struktur-
anpassung „unsichtbar“ durch die im Wettbewerb stehenden Marktteilnehmer.

Umweltgüter entziehen sich einer rein marktwirtschaftlichen Steuerung, was die Notwendigkeit staatlichen Handelns begründet. Aufgabe und Grenze staatlichen Handelns besteht darin, intelligente Anstöße für technische, organisatorische und wissenschaftliche Innovationen zu geben.

3. Zukünftig muß die Umweltpolitik der Wirtschaft eine aktive Rolle einräumen: Es gibt in unserer Wirtschaft viele umweltbewußte Facharbeiter, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler und Manager, die zur Verbesserung der Umwelt beitragen können und wollen. Staatliche Umweltpolitik muß die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß sich dieser Sachverstand zum Nutzen der Umwelt und der Wirtschaft entfalten kann.

(-/1.8.1988/vo-hs/jr)

(Den zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

* * *